

REGARDS

GREEN FINANCE

Wird der Finanzplatz grün?

Joël Adami

„Green Finance“ boomt am Finanzplatz Luxemburg. Die woxx hat sich mit Forscher*innen über Greenwashing, Mikrofinanz und eine falsch geführte Wachstumsdebatte unterhalten.

woxx: *Wie sind Sie auf das Thema Green Finance gestoßen?*

Sabine Dörry: Vor dem Hintergrund der hohen Aktualität des Themas Green Finance haben wir im Prinzip unsere thematischen Werdegänge verschmolzen. Ich selbst bin Finanzgeografin, ich schaue mir an, wie Finanzprodukte und deren Wertschöpfungsketten über verschiedene Finanzplätze hinweg realisiert werden. Besonders stark habe ich mich mit dem Asset Management, also der Vermögensverwaltung, in Luxemburg beschäftigt. In den letzten Jahrzehnten haben sich hier Green Finance und Climate Finance als große Themen etabliert.

Sebastian Schulz: Ich habe als Wirtschaftsgeograf schon relativ früh zu Nachhaltigkeitsthemen im produzierenden Sektor gearbeitet und mir hier in Luxemburg auch den Finanzsektor angeschaut. In den letzten Jahren habe ich mich mit alternativen Ökonomien und Postwachstum befasst und im luxemburgischen Kontext sehr schnell festgestellt, dass es diesen internationalen Finanzplatz gibt, der sich „grünt“, und auf der anderen, lokaleren Seite sehr interessante alternative Ansätze. Uns interessiert vor allem die Frage, was zwischen diesen beiden Polen passiert, da dort wahrscheinlich sehr viel Potenzial ist.

Was ist eigentlich Green Finance, und warum ist das in Luxemburg ein Thema?

Schulz: Green Finance ist im Moment das Buzzword, das in der Finanzwirtschaft hochgehalten wird, wie auch Green Economy allgemein. Wir haben da immer den leichten Verdacht, dass etwas Herkömmliches, Etabliertes grün gemacht wird – was im Prinzip ja lobenswert ist – dass vielleicht aber weitergehende Alternativen, die auf anderen Ebenen schon länger existieren, übersehen werden. Deswegen gehen wir mit dem Begriff auch vorsichtig um. Wenn wir Green Finance sagen, meinen wir im Wesentlichen dieses politisch-programmatische Postulat. „Alternative Finance“ hingegen wäre eben nicht nur die Hochfinanz, sondern würde weitergehen.

Dörry: Während Green Finance vor allem neue Märkte für die Finanzwirtschaft – die ohnehin sehr stark ist – erschafft, die als „grün“ gelabelt werden, sind Alternative oder Sustainable Finance-Produkte viel allumfassender gedacht. Nachhaltigkeit meint bei ihnen nicht nur den Umweltbereich, sondern auch ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Beides sind zwei Pole eines weiten Spektrums, wir versuchen, beide miteinander in Einklang zu bringen. Der Finanzplatz Luxemburg als „Informationsdrehscheibe“ könnte aufgrund seiner weltweit einzigartigen Struktur als Fonds-Standort das Potenzial haben, eine Führungsrolle einzunehmen und beide Stränge, d.h. Green und Alternative Finance, zusammenzuführen. Unter dem Label Green Finance werden im internationalen Kontext Milliarden in Entwicklungsländer, in Infrastruktur-, Wald- und Klimafonds usw. investiert. Dies aber oft weitab vom Kontext der Industrieländer. In Luxemburg ist zu sehen, dass lokale Stakeholder sehr viel mehr lokale Entwicklungen forcieren, dass aber für diese vergleichsweise weniger Gelder zur Verfügung stehen.



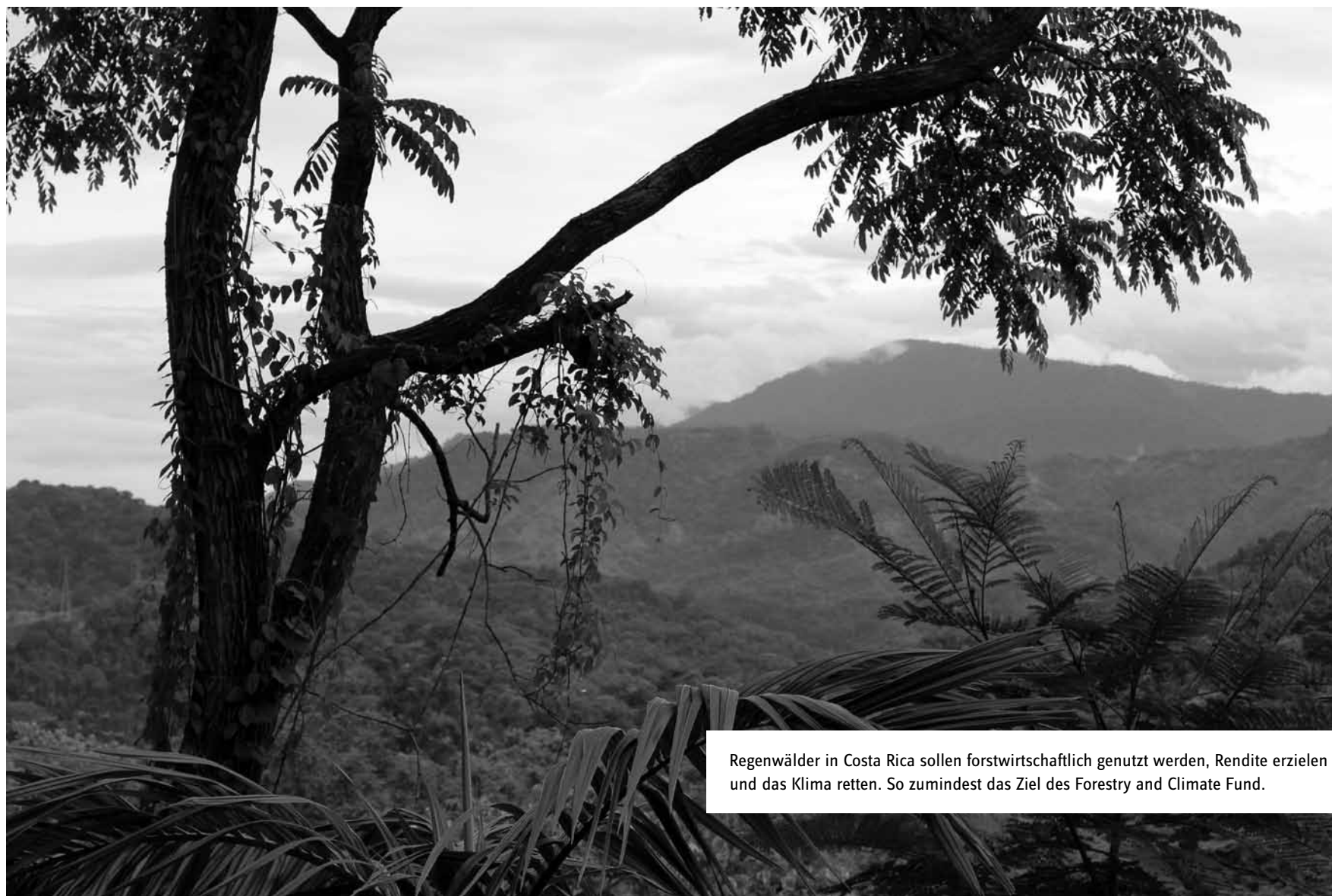


FOTO: ROY LUCK

Regenwälder in Costa Rica sollen forstwirtschaftlich genutzt werden, Rendite erzielen und das Klima retten. So zumindest das Ziel des Forestry and Climate Fund.

Schulz: Wichtig ist auch, dies nicht in einer Schwarz-Weiß-Logik zu denken, sondern die möglichen Überschneidungen zu sehen.

„Die Regeln werden mehr und mehr aufgeweicht, um Angebot zu schaffen.“

Sabine Dörry

Ist „Green Finance“ nicht lediglich ein Schlagwort, mit dem Investitionen in Primärproduktion, vor allem in Forstwirtschaft, sozusagen in grüner Verpackung neu verkauft werden?

Dörry: So ausgedehnt wie das Spektrum der Definitionen, was Green Finance eigentlich sein soll, so groß ist auch die Spannbreite der Investitionen in dem Bereich. Hier kann man nicht verallgemeinern. Es gibt durchaus kleinere Fonds, die sich zur Aufgabe gemacht haben, in bestimmte Länder und dort in bestimmte Ressourcen und lokale Projekte zu investieren. Es gibt aber auch andere Fonds, die eine

weltweite Diversifizierungsstrategie fahren und in verschiedenen Ländern in ein bestimmtes Produkt, zum Beispiel Wälder, investieren. Die Investoren wollen ja irgendwann - gemäß der Logik von Finanzinvestitionen - Rendite sehen, deswegen müssen die Investmentmanager in diesem Bereich ein gewisses Hintergrundwissen mitbringen. Das qualifiziert Manager mit einem bestimmten fachlichen Hintergrund besser für Investitionen in bestimmte „nachhaltige“ Produkte. Ein Beispiel ist der Wald. Es gibt aber nicht nur Investitionen in Wälder, sondern auch in unterschiedlichste lokale Projekte.

Schulz: Ich wage mal eine Analogie, die vielleicht etwas plakativ ist: Bei der Biolandwirtschaft gab es anfangs Pioniere, die sich schon sehr früh bestimmte Qualitätskriterien gegeben haben. Seit dieser Markt sehr stark boomt, kommen neue Akteure auf den Plan, die nach anderen, weniger strengen Qualitätskriterien agieren. Und etwas Ähnliches gilt vielleicht auch für den Finanzsektor: Je interessanter das grüne Investment für Mainstream-Akteure wird, umso größer ist die Gefahr,

dass bestimmte Standards aufgeweicht werden. Wir hören zum Beispiel aus dem Mikrofinanzsektor, dass durch den starken Boom immer mehr Mikrofinanz-Investoren Probleme haben, das LuxFlag-Gütesiegel zu bekommen. Daraus lässt sich ersehen, dass es eine Aufweichung der Standards und sehr viele Nachahmer gibt. Mit dieser kritischen Brille schauen wir auch auf das Gesamtpaket „Green Finance“. Das ist aber vollkommen unabhängig vom Sektor - es gibt im Bereich Forstwirtschaft sehr nachhaltige Projekte, aber es gibt auch sehr fragwürdige. Das gleiche gilt für Wasser, für Energieträger und für andere Aspekte des Klimaschutzes.

Dörry: Die Kapitalmenge, die aufgrund der Green Finance-Gütesiegel in diese Fonds einfließt, ist viel größer als die Zahl der vorhandenen Anlageprodukte. Das Kapital, das investiert werden möchte, findet also unter Umständen gar keine Anlageziele, die unter Projekte fallen, die der Fonds bewirbt. Das führt dazu, dass die Regeln, die sowieso noch nicht so etabliert sind, mehr und mehr aufgeweicht werden, um Angebot zu schaffen. So betrachtet

wäre Green Finance Opfer ihres eigenen Erfolges.

Sie beschreiben in ihrem Paper zwei „Strömungen“ von Green Finance: Sozialverträgliche Investitionen (socially responsible investments, SRI) und „stranded assets“. Was unterscheidet diese, und was ist in Luxemburg am wichtigsten?

Dörry: Stranded Assets sind im Prinzip Vermögenswerte, die inzwischen „gestrandet“ sind, weil sie nicht mehr nachhaltig sind. Das betrifft vor allem die enormen, oft langfristigen Investitionen in fossile Energieträger. Langfristig geht man davon aus, dass diese Anlagen keine Investoren mehr finden werden. Die derzeitigen Investoren sind aber oft mit hohen Summen involviert. Das betrifft zum Beispiel große Pensionsfonds oder Versicherungen und Stiftungen, die ihr Geld in Erdöl, Erdgas, Kohle und anderen nicht nachhaltigen Produkten angelegt haben. Diese Investoren können aber ihre Gelder nicht einfach auf einen Schlag aus den Investitionen rausziehen, denn unser Leben basiert ja immer noch zu einem Großteil auf fossilen Energie-

THEMA

trägern, und in dieser Größenordnung sind so schnell auch keine neuen Investitionsanlagen zu finden. Das heißt, hier muss eine langfristig, ausgewogene Transition stattfinden. Die Investments müssen peu-à-peu aus diesem „gestrandeten Vermögen“ herausgezogen und in nachhaltigere Produkte investiert werden. Teilweise ist das ja auch unter öffentlichem Druck bereits passiert, in vielen Ländern gab es ja „Divestment“-Kampagnen. Es gilt also Lösungen zu finden, wie diese extrem hohen Anlagemengen – wir sprechen hier wirklich von Billionen – in neue, nachhaltigere Projekte umgeleitet werden können. Die sozialverträglichen Investitionen, die sich so langsam entwickeln, wären die Anlageziele. Der Finanzplatz Luxemburg als internationaler Fonds-Standort kann unseres Erachtens eine wichtige Rolle spielen bei dem Austausch des Wissens, wie eine solche Transition vonstatten gehen könnte. Dazu müssten wir aber noch mehr forschen – wir stehen hier wohlgerne mit unserem ersten Paper noch ganz am Anfang.

„Die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft geraten ins Hintertreffen.“

Sabine Dörry

Green Finance ist in Luxemburg stark mit Mikrofinanzierungen verknüpft. Woher kommt diese Entwicklung?

Schulz: Nicht alle Mikrofinanz-Initiativen folgen zwingend ökologischen Nachhaltigkeitskriterien – den sozialen Kriterien schon eher, weil das die initiale Idee war. Dort gibt es jedoch auch zunehmend Kritik an großen Akteuren, die in Entwicklungsländern aktiv sind und dort mit herkömmlichen Praktiken Abhängigkeiten und Druck aufbauen, was das Mikrofinanz-Instrument konterkariert. Diese Kritik darf man aber auch nicht pauschal erheben. Die konkrete Praxis vor Ort ist zum Teil fragwürdig. Auf der anderen Seite sehen wir in der Mikrofinanz ein gutes Beispiel dafür, dass Instrumente, die im Entwicklungskontext entstanden sind, Modellfunktion haben für Produkte in Industrieländern. Von diesen Erfahrungen könnte ein Industrieland, das stärker auf Nachhaltigkeit setzt – auch im sozialen Bereich – durchaus lernen. Mit microlux gibt es in Luxemburg einen ersten Mikrofinanzfonds für die lokale Wirtschaft. Das wäre möglicherweise ausbaufähig.

Dörry: Hier könnten wir in Industrieländern von den Erfahrungen in Entwicklungsländern lernen. Solch ein „umgekehrter“ Wissenstransfer ist

ein sehr wichtiger Aspekt, den wir im Auge behalten wollen.

Das alternative Finanzierungssystem in Luxemburg ist, so schreiben Sie, nicht sehr eng mit dem internationalen Finanzplatz verknüpft. Woran liegt das?

Schulz: Es gibt mehrere Erklärungen dafür. Zum einen ist in Luxemburg die Vermögensverwaltung in diesem Sektor in der Regel kein direktes Privatkundengeschäft im Sinne von „ein kleines mittelständisches Unternehmen leiht sich Geld bei einem Fonds“. Dieser direkte Link wäre vielleicht auch illusorisch. Die Initiativen, die es in Luxemburg gibt, zum Beispiel etika, werden in der Regel sehr stark von der öffentlichen Hand unterstützt – was sicherlich begrüßenswert ist. Auf der Ebene „Wer steht dahinter?“ sehen wir dann keinen Link zum Finanzplatz, da stecken in der Regel öffentliche oder genossenschaftliche Banken wie die Spuerkees, Raiffeisen Bank oder die Europäische Investitionsbank dahinter. Der Greening-Diskurs wird am Finanzplatz ganz anders geführt als die Diskussion über alternative Finanzen im Land.

Dörry: In anderen Ländern erfährt diese Problematik möglicherweise mehr Aufmerksamkeit. In Deutschland – das als viel größeres Flächenland natürlich eine anders gelagerte Wirtschafts- und Industriestruktur hat als Luxemburg – gibt es zum Beispiel die staatliche Förderbank KfW, die im nachhaltigen Finanzierungsdiskurs eine Schnittmenge bildet, wie sie in Luxemburg vielleicht noch fehlt. Vom Staat bereitgestellte Kredite werden über politisch ausgearbeitete Programme in die einzelnen Bereiche gelenkt; das umfasst Haushalte ebenso wie kleine und mittelständische Unternehmen.

Schulz: Finanzierungsprobleme gehen in Luxemburg aber weit über den alternativen Sektor hinaus. Auch ganz normale Familienunternehmen haben hier zunehmend Probleme, an Kredite zu kommen, weil der Finanzplatz ganz woanders unterwegs ist und die Banken, die bisher dafür zuständig waren, unter Druck stehen oder sich ebenfalls auf anderen Märkten tummeln. Oft sind auch die Entscheidungszentren der Banken nicht in Luxemburg, sodass über Kreditvergabestrategien fernab des lokalen Marktes entschieden wird. Es gibt offenbar grundsätzlich eine Lücke zwischen den Bedürfnissen der kleineren Unternehmen, ob alternativ oder nicht, und dem, was so auf der institutionellen Ebene mit den großen Akteuren passiert.

Dörry: Luxemburg ist bei weitem nicht das einzige Land, in dem dieses Pro-

blem herrscht. In Großbritannien zum Beispiel ist es genauso; dort ist mit der Deindustrialisierung seit den 1980er-Jahren die Struktur der lokalen und regionalen Banken zugunsten des internationalen Finanzplatzes London praktisch zerstört worden. Der internationale Finanzplatz London hat aber das eigene Hinterland kaum im Blick, sondern die Welt als globalen Markt.

„Es gibt nur graduelle Unterschiede zwischen der Joghurtfabrik in Düdelingen und dem Bürogebäude in Gasperich.“

Sebastian Schulz

Haben Sie das Gefühl, dass die Politik dieses Problem erkannt hat?

Dörry: Erkannt hat sie es. Wie weit sich jedoch diese Erkenntnis in bestimmten politischen Maßnahmen niederschlägt, weiß ich nicht. Derzeit spielen der Finanzsektor und die Erwirtschaftung seiner Einnahmen eine sehr wichtige Rolle für das Land; Luxemburg benötigt ein gewisses Wirtschaftswachstum, um seine Sozial- und Rentensysteme, und damit auch den Lebensstandard seiner Bürger*innen, aufrechtzuerhalten. Die Bedürfnisse der lokalen Wirtschaft geraten dabei möglicherweise ins Hintertreffen, weil die Vergabe von Krediten nicht so renditeträchtig ist. Das könnte eine Erklärung sein. Die unterschiedlichen Sichtweisen zwi-

sehen „einfacher“ Kreditvergabe und komplexer Finanzanlage diskutieren wir ja auch in unserem Paper.

Im Oktober 2017 hat Luxemburg einen neuen Fonds vorgestellt, den „Forestry and Climate Change Fund“, der verspricht, den Klimawandel durch Aufforstungen in Costa Rica, Guatemala und Nicaragua zu bekämpfen. Versprochen wird „high impact, but low risk“ – das soll funktionieren, weil, unter anderem, die staatlichen Akteure einen großen Teil des Risikos tragen. Wie beurteilen Sie solche Instrumente?

Schulz: Nicht ohne Grund sind diese Projekte in Ländern lokalisiert, die auch Zielländer der luxemburgischen Entwicklungszusammenarbeit sind, die Projekt können so auf bestehenden Partnerschaften aufbauen. Was die inhaltliche Ausrichtung und Qualität des Produktes angeht, hätte ich keine Bedenken. Ich habe den Eindruck, dass da sehr sorgfältig ein nachhaltiges Produkt aufgelegt worden ist. Eine andere Frage ist aber: Kommt das nur mit öffentlicher Hilfe zustande? Den Verdacht, dass die wirklich nachhaltigen und an den Geschehnissen vor Ort interessierten Produkte im Moment noch nicht so leicht auf den Markt gebracht werden können und ein bisschen mehr Unterstützung brauchen, kann man nicht ganz von der Hand weisen. Das ist aber eine steile These, ich würde das nicht verallgemeinern wollen. Wir haben das in unserem Artikel subsumiert unter ähnlichen Initiativen, die alle diesen öffentlichen Input brau-



FOTO: LISER

Sabine Dörry ist Finanzgeografin am Liser.



FOTO: UNI.LU

Christian Schulz ist Wirtschaftsgeograf an der Uni Luxemburg.

chen. Das muss nicht per se schlecht sein. Wenn man Renditeorientierung und kapitalistische Wirtschaftsweisen grundsätzlich hinterfragt, kann man durchaus auch eine stärkere Rolle der öffentlichen Hand fordern. Wir würden bei dem gegenwärtigen Boom von Klimafonds auf den internationalen Investmentmärkten sehr kritisch hinschauen wollen, wer dahinter steht und wo diese Produkte herkommen. Da würde ich schon einen qualitativen Unterschied machen wollen zwischen dem Fonds, den Sie angesprochen haben, der aus dem Luxemburger NGO-Kontext entwickelt wurde, und dem, was vielleicht ein großer Finanzplayer auf den Markt wirft, weil es halt gerade geht ...

Dörry: ... und hip ist! Alles unter dem Label „Impact Finance“, um vor Ort etwas zu bewirken. Aber normalerweise investieren solche großen Player kleinere Anteile in solche Fonds, wie wir sie angesprochen haben. Aber auch in diesem Bereich muss man differenzieren, denn es gibt hier auch sehr spannende Ansätze wie Lokalwährungen, Circular Economy, und ähnliches, die nicht auf Rendite abzielen, sondern auf eine umfassende Verbesserung der lokalen Wirtschaftssysteme. Und diese Projekte können zwar auch Ziele von Impact Finance sein, werden aber gerne übersehen in der Green Finance-Diskussion.

Schulz: In den aktuellen Debatten über den Finanzplatz Luxemburg gibt es nach meiner Wahrnehmung drei große Stränge. Erstens: Wie verteidigt

Luxemburg seine Nischenpolitik international, wie repositioniert sich das Land, um das Modell mit einigen Anpassungen weiterfahren zu können? Das zweite ist diese Greening-Debatte, also: Wie orientieren wir das, was wir bisher gemacht haben, in eine grünere Richtung um? Und der dritte Strang ist wahrscheinlich dominant, das ist der ganze Fintech-Bereich. Das, was in Luxemburg diskutiert und im Rifkin-Bericht postuliert wird, ist eine Lesart von Fintech und hinterfragt im Prinzip nicht die Inhalte, um die es da geht. Es ist eigentlich eine Technologisierung renditeträchtiger Aktivitäten. Man könnte Fintech auch anders denken, zum Beispiel hinsichtlich Impact Finance. Zum Beispiel: „Wie vereinfacht Fintech das ‚Matchmaking‘ zwischen privaten Investoren und kleinen Unternehmern?“ Das gibt es im Bereich Crowdfunding, aber in der hochtechnischen Debatte über Fintech kommt das kaum vor.

Sie kritisieren in ihrem Paper auch den sogenannten „Rifkin-Bericht“. Warum?

Schulz: Im Rifkin-Report stehen in allen thematischen Bereichen sehr viele sehr gute Sachen. Die politische Rezeption und das, was man davon umzusetzen gewillt ist, ist nach unserer Wahrnehmung jedoch sehr selektiv. Für den Finanzbereich gilt das vielleicht in besonderem Maße: es gibt in dem Kapitel drei große Blöcke, allerdings wird nur über den Fintech-Block geredet. Im Report gibt es auch einen umfangreichen Absatz darüber,

wie man alle Akteure zusammenbringen könnte, um den Finanzplatz neu zu denken. Darüber höre ich selten etwas. Diese Tendenz finden Sie in ähnlicher Form auch im Energie- und im Abfallbereich. Der Bericht hatte allerdings auch von vornherein einen gewissen Bias, weil man Herrn Rifkin vorgegeben hat, dass er das Wachstum nicht in Frage stellen darf. Problematischer ist aber, was mit dem Bericht jetzt passiert: Er dient als Mantra bei allem und jedem, wird aber sehr selektiv gelesen.

„Die großen Akteure, die im Moment das Thema Green Finance pushen, haben nur wenig Interesse an Postwachstumsfragen.“

Sebastian Schulz

Aktuell wird in Luxemburg viel über Wachstum geredet - könnte „Green Finance“ das Land in eine positivere Richtung bringen? Oder ist das vielleicht doch eher von der Joghurtfabrik zu erhoffen?

Schulz: Wenn wir die Auswirkungen einer Fabrik in Düdelingen, zu der jeden Tag 100 Grenzpendler fahren, mit denen eines neuen Bürogebäudes in Gasperich vergleichen, zu dem ebenfalls jeden Tag 100 Grenzpendler fahren, dann sind die Unterschiede nur graduell. Meinetwegen hat die Joghurtfabrik ein potenzielles Abwasserproblem und braucht ein wenig mehr Fläche, aber der grundsätzliche Effekt, was die Belastung von Infrastrukturen und Umwelt angeht, ist sehr ähnlich. Die Frage, die für beide Bereiche gilt - sowohl für die Joghurtfabrik als auch für den vermeintlich sauberen Dienstleistungsbetrieb - ist, welcher Logik die Wirtschaftspolitik langfristig folgt. Solange man von dieser zwingenden Wachstumslogik nicht abweicht, werden alle Entwicklungen negative Auswirkungen haben und auch physisches Wachstum verursachen. Es geht also eher um die Frage, wie man durch eine selektivere Wachstums- und Investitionspolitik - zum Beispiel in Wissen und Qualifikationen statt in Beton - Sozialsysteme langfristig tragsicher machen kann, ohne nur auf diesen einen Wachstumsmotor zu setzen. Da ist die Debatte, wie sie in der Öffentlichkeit geführt wird, auch ein wenig irreführend, weil es vor allem um das absolute Wachstum an Arbeitsplätzen, an Flächenverbrauch, usw. geht. Dabei ist dies eher eine Folge des Wachstumsparadigmas, das aber eben gar nicht in Frage gestellt wird.

Wie könnte denn ein Postwachstum-Luxemburg aussehen?

Schulz: Das kann natürlich auch nur eine schrittweise Transition sein. Zum Beispiel könnten öffentliche und auch private Gelder stärker dazu eingesetzt werden, alternative Wirtschaftsformen in Luxemburg zu fördern, die in ihrem Unternehmenszweck von vornherein von dieser Wachstumslogik Abstand nehmen und sich eher am Gemeinwohl statt an Rendite und Profit orientieren. Ein Beispiel wäre der Bereich nachhaltiges Bauen: Politische Entscheidungsträger springen sehr stark auf hochtechnologische Lösungen („Smart Homes“) an, weil sie da natürlich auch Chancen für die Diversifizierung des Standorts sehen. Es gibt aber auch andere Lesarten von nachhaltigem Bauen, die mit sehr viel weniger Ressourcen auskommen. Und so läuft die Debatte hier - und nicht nur hier - sehr stark in Richtung Technologisierung. Das suggeriert, dass man eigentlich nichts außer der Technologie, die dahinter steckt, ändern muss und Faktoren wie der im Vergleich sehr hohe Wohnflächenbedarf pro Person oder die hohe Anzahl an PKWs so bleiben können. Das reicht eben nicht, und die steuerlichen Anreize gehen da im Moment auch in die falsche Richtung.

Dörry: Der Finanzsektor generiert im Moment 20 bis 35 Prozent des luxemburgischen BIPs, je nach Lesart und Statistik. Das bedeutet eine hochgradige Abhängigkeit des Landes, die mit einer Umstellung der Wirtschaftspolitik, wie eben angesprochen, aufgebrochen werden könnte. Damit könnte man die Bedeutung der Finanzwirtschaft und ihrer Renditelogik auch ein Stück zurückfahren.

Schulz: Mein Eindruck ist aber leider, dass die großen Akteure, die im Moment das Thema Green Finance pushen, nur wenig Interesse an Postwachstumsfragen haben, weil sie in einer anderen Logik sind. Das gilt auch für andere Bereiche, zum Beispiel Teile der Circular Economy (Kreislaufwirtschaft), wo große Akteure auf smarte Technologie setzen - da geht es nicht primär um Ressourceneinsparung, sondern um neue Geschäftsmodelle.

Christian Schulz ist Wirtschaftsgeograf und forscht an der Uni Luxemburg, Sabine Dörry ist Finanzgeograf und forscht am Liser. Gemeinsam haben sie das Paper „Green Financing, Interrupted. Potential Directions for Sustainable Finance in Luxembourg“ verfasst.